

67305-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Planungsleistungen im Bauwesen – Staatliches Berufliches Schulzentrum Wiesau
- Ersatzneubau Werkstätten - Werkstattplanung

OJ S 20/2026 29/01/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Tirschenreuth

E-Mail: vergabestelle@tirschenreuth.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung
des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Staatliches Berufliches Schulzentrum Wiesau - Ersatzneubau Werkstätten -
Werkstattplanung

Beschreibung: Der Auftrag umfasst Planungsleistungen nach § 53 ff HOAI in Verbindung mit
Anlage 15 HOAI – Werkstattplanung, ALG 7, Leistungsphasen 1-9 für das Staatliche
Berufliche Schulzentrum Wiesau – Ersatzneubau Werkstätten.

Kennung des Verfahrens: 65dda39f-0287-4f6d-bd12-7946736dde5a

Interne Kennung: Werkstattplanung

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum
Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Wiesau

Postleitzahl: 95676

Land, Gliederung (NUTS): Tirschenreuth (DE23A)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Der Bewerber wird darauf hingewiesen, dass Antworten auf
gestellte Fragen im Zuge des Teilnahmewettbewerbs (Bewerbungsverfahren) auf
<https://plattform.aumass.de/> eingestellt werden. Der Bewerber hat sich eigenverantwortlich
laufend darüber zu informieren. Fragen zu den Unterlagen dürfen nur über das Onlineportal
<https://plattform.aumass.de/> gestellt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, im
Teilnahmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise innerhalb einer zu
bestimmenden Nachfrist nachzufordern. Ein Anspruch der Bewerber, dass der Auftraggeber
von der Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht, besteht nicht. Unklare, widersprüchliche

oder fehlende Angaben des Bewerbers in den Bewerbungsunterlagen gehen zulasten des Bewerbers. Sämtlicher Schriftverkehr an Arbeitsgemeinschaften wird ausschließlich über die in der Vergabeplattform von der Arbeitsgemeinschaft bekannt gegebene E-Mail-Adresse geführt. Angaben zur Verhandlung: Unter Umständen fordert der öffentliche Auftraggeber die Bieter auf, ein finales Angebot (oder auch nur Teile des Angebotes) nach Verhandlung einzureichen. Gemäß EU-Verordnung 2022/576 ist es erforderlich, eine Eigenerklärung zum Russlandbezug abzugeben. Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 3 Monate

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: Rechtsgrundlage Richtlinie 2014/24/EU

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Betrug: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher

Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Zahlungsunfähigkeit: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Staatliches Berufliches Schulzentrum Wiesau - Ersatzneubau Werkstätten - Werkstattplanung

Beschreibung: Im Zuge einer Machbarkeitsstudie wurde eine Generalsanierung des Bestandes der Werkstätten (Baujahr: 1960 – 1981) sowie ein Ersatzneubau der zukünftigen Praxisräume untersucht. Mit Abschluss der Studie konnte aufgrund der Bestandsbeurteilung eine wirtschaftliche Generalsan-ierung wegen erheblicher Mängel beim Brandschutz, fehlender Barrierefreiheit, mangelhafter Energieeffizienz, Bauschäden im Tragwerk sowie dem zukünftig benötigten Raumbedarf ausge-schlossen werden, weshalb ein Ersatzneubau im Osten des bestehenden Schulgeländes ver-wirklicht werden soll. Für die Machbarkeitsstudie waren Fachplanungsansätze noch nicht integriert. Die Umsetzung der Baumaßnahme soll während des laufenden Schulbetriebes, mithilfe mehrerer Bauabschnitte erfolgen. In den Praxisbereichen Holz, Bau, Metall und KFZ soll eine neue Nutzungsfläche (NUF 1 - 6) von 7.593 m² geschaffen werden. Aktuell beinhaltet der geplante Neubau zusätzlich eine Mensa (Erd- und Obergeschoss) sowie ein Lehrerzimmer (Obergeschoss) und schließt deshalb mit ei-ner Bruttogrundfläche von 10.425 m² ab. Der Neubau für die Bereiche Holz, Bau, Metall, Mono, Mensa und Lehrer soll zweigeschossig erstellt werden. Der KFZ-Bereich ist nur eingeschossig im Erdgeschoss vorgesehen. Die Fertigstellung der Werkstätten ist aktuell für das Jahr 2035 geplant. Für das Vorhaben sind die Planungsleistungen nach § 53 ff HOAI in Verbindung mit Anlage 15 – Werkstattplanung, ALG 7, LPH 1-9 zu erbringen. Für die Maßnahme wird ein Förderantrag nach FAG zu stellen sein. Der AG beabsichtigt die Baumaßnahme als Generalunternehmerleistung mit gewerkeweiser Leistungsbeschreibung auszuschreiben. Die Entscheidung darüber ist nach LPH 3 noch mit der Förderstelle abzustimmen.

Interne Kennung: Werkstattplanung

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Stufe 1 - LPH 1-2 Stufe 2 - LPH 3 Stufe 3 - LPH 4-7 Stufe 4 - LPH 8-9 Die Beauftragung erfolgt stufenweise, zunächst für die Stufe 1. Es ist beabsichtigt, weitere Stufen zu beauftragen. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung der Stufen 2-4 besteht jedoch nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Wiesau

Postleitzahl: 95676

Land, Gliederung (NUTS): Tirschenreuth (DE23A)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/12/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2035

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die fristgerechte Vorlage (Abgabe mit Teilnahmeantrag) der geforderten Nachweise, Erklärungen und der vollständig ausgefüllte Bewerbungsbogen (rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle, technische, berufliche Leistungsfähigkeit, Teilnahmebedingungen) in Textform. Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Gesamtumsatz des Bewerbers für mit der hier ausgelobten Leistung vergleichbare Leistungen im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, maximal 2 Punkte. Technische Leistungsfähigkeit Bürokapazität, Personalstärke, durchschnittliche Anzahl der festangestellten Beschäftigten in den letzten 3 Jahren mit Bezug auf die für die Leistung relevante Abteilung, maximal 4 Punkte. Referenzen Referenzen für Aufträge nach HOAI § 53 ff in Verbindung mit Anlage 15 bei denen die Leistungsphase 8 im Zeitraum von 05/2018 bis zum Tag der Absendung der Bekanntmachung abgeschlossen wurde. Es können maximal 5 Referenzen eingereicht werden, es müssen jedoch mindestens 2 wertbare Referenzen abgegeben werden, um im weiteren Verfahren Berücksichtigung zu finden. In die Bewertung werden jedoch nur die drei Referenzen mit der höchsten Punktzahl einbezogen (siehe Formblatt Eignungskriterien Teilnahmewettbewerb). Der Auftraggeber behält sich vor, Referenzauskünfte einzuholen. Beim Kriterium Referenzen können maximal 15 Punkte erreicht werden. Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punktzahl für die Auswahl maßgebend. Die Bewertung erfolgt nach folgender Aufstellung: maximale Punktzahl/Gewichtung/erreichte Punktzahl. Sofern mehrere Bewerber die Kriterien in gleichem Maße erfüllen, entscheidet gemäß § 75 (6) VgV das Los. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Für den Teilnahmeantrag ist ein Bewerbungsbogen zu verwenden, der unter <https://plattform.aumass.de/> heruntergeladen werden kann. Zur Angabe der Nachweise ist der Bewerbungsbogen vollständig ausgefüllt in Textform mit Angabe des Namens der natürlichen Person einzureichen. Geforderte Nachweise sind: Soweit der Bewerber eintragungspflichtig ist: Auszug aus dem entsprechenden Register (z. B. Handelsregister) nicht älter als 12 Monate bezogen auf das Datum der Absendung der

Bekanntmachung oder dem vergleichbaren Register des Heimatlandes des Bewerbers (ggf. in Kopie). Erklärung des Bewerbers, dass keine Ausschlussgründe gegen ihn vorliegen gemäß §§ 123 und 124 GWB. Die vollständigen, abschließenden Anforderungen bzw. Bedingungen ergeben sich ausschließlich aus den Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers für mit der hier ausgelobten Leistung vergleichbare Leistungen nach HOAI § 53 in Euro/netto im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre max. 2 Punkte bei ≥ 350.000 EUR netto. Bei Arbeitsgemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der ARGE einzeln anzugeben. Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung durch Vorlage einer gültigen Versicherungsbestätigung in geforderter Höhe, bezogen auf den Tag der Abgabe des Teilnahmeantrags. Oder, im Falle einer aktuell geringeren Deckung, eine gültige Bestätigung des Versicherungsunternehmens über die geforderte Deckung speziell für das ausgelobte Projekt im Auftragsfall. Bei Arbeitsgemeinschaften muss eine Versicherung für alle ARGE-Mitglieder gemeinsam nachgewiesen werden. Die Bestätigung muss also gerade auf die Bietergemeinschaft lauten. Alternativ kann jedes ARGE-Mitglied alleine eine Versicherung in der geforderten Höhe nachweisen, jedoch muss jeder Versicherungsbestätigung entnommen werden können, dass die Tätigkeit der ARGE gesamtschuldnerisch mitversichert ist. Des Weiteren muss der Versicherungsbestätigung entnommen werden können, dass die geforderten Deckungssummen mindestens 2-fach pro Jahr zur Verfügung stehen. Die geforderten Mindestdeckungssummen belaufen sich für Personenschäden auf ≥ 3 Mio. EUR, für sonstige Schäden auf ≥ 3 Mio. EUR. Sollten die Nachweise nicht entsprechend vorgelegt werden, erfolgt ein Ausschluss aus dem weiteren Verfahren.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden entsprechende Formblätter mit den Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung gestellt. Durchschnitt der in den letzten 3 Jahren festgestellten Beschäftigten mit Bezug auf die für die Leistung relevante Abteilung max. 4 Punkte bei ≥ 4 festgestellten Mitarbeitern.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Referenzen (die Angaben sind im Formblatt B zu machen, das Formblatt B ist hierzu entsprechend zu vervielfältigen und mit 1 bis 5 zu nummerieren), Referenzportfolio, Kontaktdaten des Auftraggebers, Auskunftsstelle, Art des Auftraggebers (informelle Angaben), Abschluss der Leistungsphase 8 zwingend im Zeitraum von 05/2018 bis zum Tag der Absendung der Bekanntmachung, erbrachte Leistungsphasen gemäß HOAI (max. 2 Punkte bei LPH 2-8), Gegenstand des Auftrags bei Planung und Beschaffung von Werkstatteinrichtungen (fest + lose) max. 2 Punkte, für die Beschaffung für eine Berufsschule mit Fördermittelbeantragung max. 1 Punkt. Auch bei Bewerbung als Arbeitsgemeinschaft können in Summe nur maximal 5 Referenzprojekte (Formblätter B maximal 5x) eingereicht werden. Die drei besten (höchste erreichte Punktzahl) Referenzen werden gewertet.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Zugelassen ist, wer nach den Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur/in zu tragen oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur/in tätig zu werden. Die verantwortlichen Planer müssen über eine angemessene Berufserfahrung verfügen.

Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe eine/n entsprechende/n Ingenieur/in benennen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Kriterium:

Art: Preis

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av26e89c-eu>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av26e89c-eu>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av26e89c-eu>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 24/02/2026 10:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, im Teilnahmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise innerhalb einer zu bestimmenden Nachfrist nachzufordern. Ein Anspruch der Bewerber, dass der Auftraggeber von der Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht, besteht nicht. Unklare, widersprüchliche oder

fehlende Angaben des Bewerbers in den Bewerbungsunterlagen gehen zulasten des Bewerbers.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Nordbayern, Regierung von Mittelfranken

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3

GWB unzulässig, soweit: - der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen

Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem

Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat, - Verstöße gegen

Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens

bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur

Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen

Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum

Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe, - der Nachprüfungsantrag ist

ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des

Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Landkreis

Tirschenreuth

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Landkreis

Tirschenreuth

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Landkreis Tirschenreuth

Organisation, die Angebote bearbeitet: Landkreis Tirschenreuth

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Tirschenreuth

Registrierungsnummer: DE134055093

Postanschrift: Mähringer Str. 7

Stadt: Tirschenreuth

Postleitzahl: 95643

Land, Gliederung (NUTS): Tirschenreuth (DE23A)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle@tirschenreuth.de

Telefon: +49963188-725

Fax: +4996317001-39

Internetadresse: <https://www.kreis-tir.de/>

Profil des Erwerbers: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av26e89c-eu>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Nordbayern, Regierung von Mittelfranken

Registrierungsnummer: DE811335517

Postanschrift: Promenade 27 (Schloss)

Stadt: Ansbach

Postleitzahl: 91522

Land, Gliederung (NUTS): Ansbach, Kreisfreie Stadt (DE251)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de

Telefon: +49981531277

Internetadresse: <http://www.regierung.mittelfranken.bayern.de/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

cd57cbf9-90b4-4da2-aead-2923e1b8b8e5-01

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0001

Beschreibung der Änderungen: Die Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge wurde von 17.02.2026 auf 24.02.2026 geändert.

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 748d3f0d-da8b-4661-8ccd-56c6b7bbc427 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 28/01/2026 08:22:02 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 67305-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 20/2026
Datum der Veröffentlichung: 29/01/2026